

# INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung  
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1983 – September

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die seit Jahresbeginn 1983 sichtbaren schwachen konjunkturellen Belegungstendenzen haben sich in den letzten Monaten fortgesetzt. Aber lediglich in Nordamerika und in schwächerem Ausmaß in Japan ist es bisher zu einer deutlichen Belegung der Produktion gekommen. In Westeuropa bestimmen weiterhin anhaltende Unsicherheiten die Situation, in einzelnen Ländern wie Italien und Frankreich scheint die zyklische Krise noch gar nicht beendet. In Lateinamerika setzt sich die Krise ebenfalls weiter fort, 1983 wird es dort voraussichtlich wiederum zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung kommen.

In allen Ländern stützen sich die zaghaften Belegungstendenzen auf den Lagerzyklus und auf einzelne Bereiche des privaten Verbrauchs. In Japan gehen Impulse nur vom Export aus. Die teilweise zu beobachtende Stabilisierung der privaten Nachfrage ist ohne dauerhafte Grundlage: eine wirksame Steigerung der Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Sozialeinkommensempfänger ist nicht zu beobachten.

Aus diesem Grund ist für die kommenden Monate eher zu befürchten, daß die ohnehin außerordentlich schwache Belegung erneut stockt.

Entscheidend ist, daß die Investitionstätigkeit weiterhin kaum Impulse vermittelt, nimmt man den Bereich des Wohnungsbaus aus. Von einem kräftigen, „sich selbst tragenden“ Konjunkturaufschwung könnte erst geredet werden, wenn er auf einer Belegung der Investitionen und einer dauerhaften Kräftigung der privaten Kaufkraft basiert.

Eine zusätzliche Unsicherheit ist mit dem seit dem Frühjahr 1983 – entgegen den wirtschaftspolitischen Bemühungen – erneuten Anstieg der Zinsen verbunden: In den USA sind bereits negative Auswirkungen auf die Wohnungsbauinvestitionen absehbar. Ansteigende, vor allem in den USA auf einem extrem hohen Niveau liegende Zinsen lenken immer mehr Kapital aus dem Bereich der produktiven Sachkapitalanlagen in den parasitären Sektor des Geldkapitals und der Spekulation. Damit verbunden ist eine extreme Labilität des

gesamten Währungsgefüges der kapitalistischen Welt. Bei einer – politisch bedingten – stabilen Grundstimmung für den Dollar fallen insbesondere die großen Kurschwankungen auf. Veränderungen des Dollarkurses gegenüber der DM um 20 Pfennige oder zehn Prozent innerhalb weniger Wochen sind zur Regel geworden. Die auf dem von „Weltwirtschaftsgipfel“ getroffenen Abmachungen, die koordinierte Eingriffe der kapitalistischen Notenbanken zur Verhinderung solcher Währungssprünge in Aussicht gestellt hatten, haben sich erneut als völlig unverbindlich erwiesen.

Die Situation in der Bundesrepublik unterscheidet sich nur wenig von der in den meisten anderen westeuropäischen Ländern: einer zögernden Zunahme der Produktion, der Aufträge und der industriellen Kapazitätsauslastung stehen eine unvermindert ansteigende Arbeitslosigkeit, anhaltende Investitionsschwäche und rückläufige Exporte gegenüber. Die Belegung der privaten Nachfrage nach einigen langlebigen Konsumgütern, insbesondere PKW, dürfte im zweiten Halbjahr durch einen erneuten Rückgang abgelöst werden.

Denn nach wie vor sinken die Reallöhne und die Beschäftigung, geht die Kaufkraft der Sozialeinkommen weiter zurück. Dies, obwohl die Inflation zur Jahresmitte doch einen recht niedrigen Stand erreicht hat. Aber auch hier dürfte der Tiefpunkt überschritten sein, für den kommenden Zeitraum ist eher wieder mit einer gewissen Belegung der Preisaufrüstendenzen zu rechnen.

Dagegen setzen die Unternehmerrgewinne ihre Aufwärtsbewegung verstärkt fort, die Umverteilung zugunsten der Gewinne macht rasche Fortschritte. Hauptgewinner ist dabei das Geldkapital, was sich vor allem in den extrem hohen und immer noch ansteigenden Gewinnen der Banken niederschlägt. Auch dies ist ein Grund für die anhaltende Investitionsschwäche: bei dauerhaft hohen Renditen der Geldkapitalanlagen führen höhere Gewinne zu Zuflüssen auf die Kapitalmärkte. Der unproduktive parasitäre Sektor der Volkswirtschaft expandiert kräftig, während die pro-

duktiven Kapazitäten stagnieren, teilweise sogar abgebaut werden.

Der bisherige außerordentlich zögernde Verlauf der konjunkturellen Belegung in der Bundesrepublik und darüber hinaus in der ganzen kapitalistischen Welt, die tiefen Disproportionen vor allem zwischen Geldkapital und produktivem Kapital, weiterhin sinkende Reallöhne und stagnierende Investitionen lassen kaum Hoffnungen auf einen bevorstehenden konjunkturellen Aufschwung. Die Deformierung des Krisenzyklus – lange Krisenphasen, schwache Belegungsphasen – weist auf die andauernde Krisenhaftigkeit der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus hin. Dies ist umso bedeutsamer, als im Rahmen des kapitalistischen Systems noch keine wirtschaftspolitische Konzeption sichtbar ist, die diese Entwicklung wirksam steuern könnte.

### INHALT

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Zinsen, Dollar-Kurs und Aufrüstung

#### 2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerrgewinne
- 2.2 Konzentration

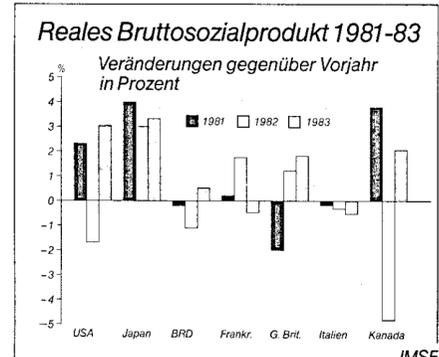
#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Aktionen der Arbeiterklasse
- 3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation scheint es, daß es endlich zu dem lange erwarteten Wiederaufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft gekommen ist, zumindest was die Produktion betrifft. Dagegen stellt die Arbeitslosigkeit weiterhin den negativsten Aspekt der Wirtschaftslage der entwickelten kapitalistischen Länder dar. Aber selbst bei der Wiederbelebung der Produktion bestehen nach wie vor Bedenken hinsichtlich ihrer Verbreitung und Dauer. Der Wiederaufschwung ist viel später eingetreten, als die OECD ihn vor einigen Jahren vorausgesagt hatte. Die OECD überschrieb ihren „Economic Outlook“ von Dezember 1980: „Perspektiven des Wiederaufschwungs“; im Juli 1981 wurde der Titel in „Verspätete Wiederbelebung“ umbenannt; im Dezember desselben Jahres wurde sie noch vorsichtiger: „Der lange Weg zum Wiederaufschwung“. In den beiden 1982 erschienenen Heften verschwand jeglicher Hinweis auf die Wiederbelebung der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Heute hängt die Verbreitung und Dauer der Wiederbelebung auch von der Wirtschaftspolitik der USA ab. Wie aus der Abbildung hervorgeht, sagt die OECD für 1983 einen merklichen Wiederaufschwung nur für die USA und Kanada voraus. Für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt soll in diesem Jahr die reale Zuwachsrate des BSP 2 Prozent betragen und 1984 die 3-Prozent-Marke übersteigen, wobei eine Verallgemeinerung der Wiederbelebung prognostiziert wird.



Zunächst gilt es zu unterstreichen, wie sich das Bild der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Jahren grundlegend gewandelt hat: eine Zuwachsrate von 3 Prozent in den USA wird jetzt als Anzeichen eines starken Wiederaufschwungs betrachtet, während eine Zunahme von 2,7 Prozent im Jahre 1987 als eine „Minirezession“ galt. Darüber hinaus scheint der Rahmen, in dem sich die Wiederbelebung in den USA vollzieht, eine dauerhafte Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft zu erschweren; die hohen Zinsen in den USA stehen einer expansiven Wirtschaftspolitik in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern entgegen.

In den USA selbst ist ein realer Zinssatz, der zwischen 7 und 8 Prozent schwankt, mit einem selbsttragenden Wachstum unvereinbar. Die von der Reagan-Regierung praktizierte Wirtschaftspolitik wirkt als starke Bremse für das, was Reagan selbst als Priorität seiner politischen Ziele, nämlich die „Regenerierung der Wirtschaft und Gesellschaft der USA“, postuliert hat. Die Ausrichtung der heute in den USA betriebenen Wirtschaftspolitik steht in krassestem Gegensatz zu den von Keynes vertretenen Auffassungen: Der britische Nationalökonom vertrat in der Tat die These, daß die „Euthanasie des Rentiers“ eine unabdingbare

Notwendigkeit für das Überleben des Kapitalismus darstellt; durch die Tendenz, den realen Zinssatz auf Null zu bringen, sollte die produktive Funktion des Kapitalismus aufgewertet werden. Heute wirkt ein realer Zinssatz von 7-8 Prozent in den USA als eine Belohnung für die parasitären Geldkapitalleger und entmutigt die Investitionstätigkeit der Unternehmen, besonders der kleinen und mittleren Betriebe. Weniger davon berührt sind die Kapitalgesellschaften, bei denen die Eigenfinanzierungsquote in den letzten Jahren etwa 90 Prozent betragen hat. Das extrem hohe Niveau des realen Zinssatzes zeigt sich in voller Deutlichkeit, wenn man bedenkt, daß er zwischen 1951 und 1981 in den USA im Durchschnitt bei etwa 2 Prozent gelegen hat.

Selbst der Chef der Wirtschaftsberater Reagans, Martin Feldstein, hat in einem Interview im „Economist“ Anfang Juni eingestanden, daß der hohe reale Zinssatz die Investitionstätigkeit in den USA beeinträchtigt: „Die hohen Haushaltsdefizite und die dadurch bedingten hohen Zinssätze wirken sich sowohl kurzfristig als auch auf lange Sicht negativ auf die Wirtschaft aus. Kurzfristig hat der einseitig durch die Verbrauchsfrage gestützte Wiederaufschwung negative Folgen für die Industrie; es erhöht sich dadurch die Gefahr, daß das Tempo der Wiederbelebung nicht beibehalten werden kann. Für die Zukunft bedeuten hohe Haushaltsdefizite niedrigere Investitionsraten und damit eine schwächere Steigerung der Produktivität und der Einkommen.“

Im ersten Halbjahr 1983 hat sich die Industrieproduktion nur in Nordamerika und Japan spürbar erholt, während sie in Italien und in der BRD deutlich unter dem Vorjahrsniveau geblieben ist.

Veränderung der Industrieproduktion 1981-1983 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Land	1981			1982 <sup>1</sup>		1983 <sup>1</sup>	
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>
USA	2,7	-8,2	-9,8	-7,6	-2,3	3,5	2,0
Japan	3,0	0,4	1,0	-1,8	-0,9	2,0	2,0
BRD	-1,3	-2,5	-4,5	-4,4	-4,3	-2,5	-2,5
Frankreich	-0,8	1,7	-3,5	-1,7	-2,6	-1,0	-1,0
Großbritannien	-4,6	0,7	1,0	0,6	1,1	2,0	2,0
Italien	-2,1	-2,6	-3,5	-6,2	-7,6	-8,0	-8,0
Kanada	0,9	-10,8	-11,0	-12,0	-2,7	1,0	1,0

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Im Kampf gegen die Inflation wurden im ersten Halbjahr in fast allen 7 Ländern bedeutende Fortschritte erzielt; nur in Italien zeigt die Teuerungsrate weiterhin eine zweistellige Zahl. Für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt sagt die OECD eine Verlangsamung der Verteuerung der Verbraucherpreise von 7,5 Prozent 1982 auf 5,7 Prozent 1983 voraus. Diese Entwicklung wurde bisher von der Tendenz der Weltmarktpreise für Rohstoffe begünstigt.

Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1981-1983 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Land	1981			1982 <sup>1</sup>		1983 <sup>1</sup>	
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>
USA	10,2	6,0	5,8	4,5	3,5	3,3	3,3
Japan	4,9	2,7	2,8	2,4	2,1	2,5	2,5
BRD	5,9	5,3	5,3	4,7	3,7	3,0	3,0
Frankreich	13,4	11,8	10,9	9,5	9,2	9,0	9,0
Großbritannien	11,9	8,5	8,0	6,5	5,5	4,5	4,5
Italien	19,3	16,3	16,8	16,7	16,4	16,0	16,0
Kanada	12,4	10,8	10,7	9,7	7,6	5,5	5,5

<sup>1</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Besonders bedenklich bleibt die Lage am Arbeitsmarkt: Trotz der Wirtschaftsbelebung soll die Arbeitslosigkeit laut OECD in den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt von 30 Millionen 1982, die einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent entsprechen, auf 33,5 Millionen 1983 (9,3 Prozent) und 34,5 Millionen 1984 (9,5 Prozent) ansteigen. Innerhalb der 7 größten Länder ist die Zahl der Arbeitslosen im ersten Halbjahr 1983 nur in den USA leicht zurückgegangen, aber die Arbeitslosenquote bleibt mit 10 Prozent auch dort noch sehr hoch.

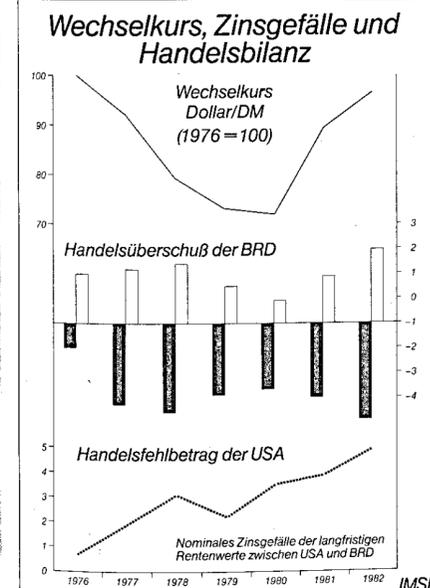
Arbeitslosigkeit 1981-1983 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

Land	1981		1982 <sup>1</sup>		1983 <sup>1</sup>	
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>	1. Vj.
USA	8 273	10 678	11 025	11 839	11 439	11 200
Japan	2 500	2 700	2 700	2 800	3 200	3 200
BRD	1 272	1 833	1 917	2 065	2 202	2 300
Frankreich	1 773	2 008	2 043	2 038	2 018	2 000
Großbritannien	2 566	2 793	2 838	2 912	3 003	3 000
Italien	1 913	2 068	1 986	2 082	2 245	2 300
Kanada	898	1 305	1 452	1 520	1 498	1 500
Zusammen	19 195	23 385	23 961	25 256	25 605	25 500

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Auf außenwirtschaftlichem Gebiet dürfte sich der Anpassungsprozeß der Leistungsbilanz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den OPEC-Ländern weiter fortsetzen, während die Überbewertung des Dollar besonders gravierende Auswirkungen hat.

Das Gipfeltreffen von Williamsburg zwischen den 7 größten kapitalistischen Ländern hat keinen Beschluß gefaßt, der auf eine Umgestaltung des internationalen Währungssystems zielt. Im Gegenteil, der Schatzminister der USA, Donald Regan, hat nur einige Tage danach klargestellt, daß sein Land nicht die Absicht habe, korrigierend in die Wechselkurse des Dollar einzugreifen.



Die Entwicklung des Wechselkurses des Dollars gegenüber der DM, der zweiten Reservewährung im internationalen Finanzsystem, zeigt, daß die Relation zwischen diesen beiden Währungen im wesentlichen nicht mit den realen (Veränderungen des Handelsbilanzsaldos) und/oder monetären Wirtschaftsfaktoren (Veränderungen der Zinssätze) erklärt werden kann. Wie aus der Abbildung hervorgeht, hat sich der Dollar gegenüber der DM zwischen 1976 und 1980 um 28 Prozent abgewertet. Während man davon ausgehen kann, daß der damalige spekulative Run gegen den Dollar durch die starke Verschlechterung der US-Handelsbilanz und die gleichzeitige Zunahme des Handelsüberschusses der BRD zwischen 1976 und 1977 ausgelöst wurde, so ist der Wechselkursverlauf des Dollars nach 1978 keineswegs auf die Veränderungen der Handelsbilanz beider Länder zurückzuführen. Bis 1980 verringert sich das Handelsdefizit der USA und schrumpft der Überschuß des westdeutschen Warenaustausches. Zwischen 1980 und 1982 öffnet sich in der Entwicklung der Handelsbilanz der USA und der BRD erneut die Schere, aber diesmal wertet sich der Dollar gegenüber der DM stark auf.

Andererseits entwickelt sich das nominale langfristige Zinsgefälle zwischen USA und BRD fast ununterbrochen zunehmend zugunsten des Dollars, sowohl in den Jahren der Abwertung des Dollars als auch in der Zeit seiner Aufwertung.

1.2 Produktion

Die seit Jahresbeginn sichtbare Belebung der Produktion hat sich in den letzten Monaten – wenn auch mit Unterbrechungen – fortgesetzt. Zur Jahresmitte war der Produktionstiefpunkt der Krise von 1980/82 deutlich überschritten. Die Expansion der Erzeugung im produzierenden Gewerbe verläuft allerdings stockend, von einer stabilen Aufwärtsbewegung kann bis jetzt noch keine Rede sein.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe<sup>1</sup>

Index	1982				1983	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Produzierendes Gewerbe	106	106	102	101	102	105

<sup>1</sup> Index 1976 = 100  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Der Vorjahresstand wurde erstmals zur Jahresmitte wieder erreicht. Wegen des Rückfalls der Produktion im zweiten Halbjahr 1982 dürfte er in den kommenden Monaten wieder überschritten werden.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

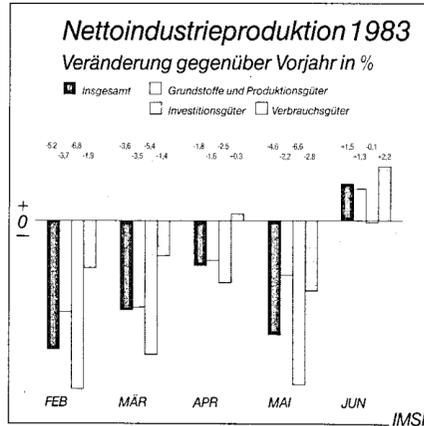
	Febr.	März	April	Mai	Juni <sup>2</sup>
Insgesamt	-5,2	-3,6	-1,8	-3,8	+1,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	-3,7	-3,5	-1,6	-2,0	+1,3
Investitionsgüter	-6,8	-5,4	-2,5	-5,4	-0,1
Verbrauchsgüter	-1,9	-1,4	+0,3	-3,4	+2,2

<sup>1</sup> 1983 in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufig  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd. 65 \*)

Die Produktionsbelebung war besonders stark im Baugewerbe, weniger deutlich in der Verarbeitenden Industrie.

Auch die industriellen Aufträge haben sich belebt, allerdings ebenfalls nur zögernd. Sie lagen im zweiten Vierteljahr 1983 real nur um zwei Prozent über dem Krisentiefpunkt – dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die zum Jahresende abgelaufene Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage zur Verzerrung des Bestellablaufs geführt hat. Die Ergebnisse für November, Dezember und Januar wurden infolgedessen nach oben, die für Februar bis Mai nach unten verzerrt.

Auch bei den Aufträgen wurde das Vorjahresergebnis inzwischen wieder erreicht. Dabei ist die Belebung bei den Konsumgütern am deutlichsten – hier war allerdings auch der Einbruch am tiefsten gewesen.



#### Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragsengangs<sup>1</sup>

1982				1983	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
104	99	97	99	102	99

<sup>1</sup> Volumen, Index 1976 = 100  
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Itd.)

#### Auftragsengänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Febr.	-3,1	-5,4	-6,9	-6,9	-2,1	-5,7	-0,1	-1,9
März	-2,6	-4,1	-3,0	-2,3	-2,5	-5,4	-1,8	-3,2
April	-4,0	-5,3	-3,9	-2,9	-4,6	-6,9	-2,7	-3,9
Mai <sup>2</sup>	+4,8	+3,1	+8,6	+9,2	+2,1	-1,0	+6,3	+5,3
Juni <sup>2</sup>	+3,8	+2,3	+6,1	+6,7	+1,2	-1,3	+8,5	+7,0

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt  
<sup>1</sup> Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Itd.)

Entgegen den vorangegangenen zyklischen Belebungphasen gehen die - allerdings schwachen - Auftriebskräfte eher von der Inlands- als der Auslandsnachfrage aus. Für die kommenden Monate ist jedoch vor dem Hintergrund einer zögernden Belebung der kapitalistischen Weltwirtschaft auch mit einer gewissen Ausdehnung der Auslandsnachfrage zu rechnen.

#### Auftragsengänge nach Herkunft<sup>1</sup>

	Inland		Ausland	
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Febr.	+0,7	-1,9	+2,9	-0,5
März	+0,9	-1,5	+3,6	-1,1
April	-1,7	-3,9	0,0	-2,4
Mai	+5,6	+6,8	+4,2	+6,7
Juni <sup>2</sup>	+7,5	+6,4	+7,1	+9,8
Febr.	-9,5	-14,6	-8,5	+2,0
März	-8,6	-5,8	-10,5	-4,8
April	-8,2	-3,8	-10,9	-4,1
Mai	+3,5	+12,2	-0,8	+5,0
Juni <sup>2</sup>	-2,3	+5,3	-6,5	+3,4

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr <sup>2</sup> Vorläufig  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Itd.)

Die immer noch schwache Belebung schlägt sich in den einzelnen Branchen in unterschiedlichem Maße nieder, wobei es in einzelnen Bereichen in den letzten Monaten sogar zu einer Vertiefung der Krisenerscheinungen gekommen ist.

Dies gilt in gewissem Sinne für die **eisenschaffende Industrie**. Die Belebung hat sich hier noch nicht erleichternd ausgewirkt, im ersten Halbjahr 1983 ist die Produktion nochmals gesunken. Erst für die kommenden Monate wird ein leichter Produktionsanstieg erhofft. Dies wird die Situation der Branche aber nur wenig entspannen. Nach den Vorstellungen der EG-Kommission soll die BRD ihre Stahlkapazitäten bis 1985 (gegenüber 1980) um mehr als 6 Millionen Jahrestonnen abbauen, d. h. um 11,3 Prozent.

In der **chemischen Industrie** hat sich die Belebung deutlicher niedergeschlagen. Hier war das Produktionsniveau des Vorjahres im ersten Halbjahr 1983 leicht überschritten, wobei sich dieses Mal besonders der Inlandsabsatz belebt hat. In der chemischen Industrie ist ein Umstrukturierungsprozess zugunsten von „Spezialitäten“ sichtbar, d. h. die Bereiche der Massenchemikalien (Massenkunststoffe, Düngemittel) verlieren tendenziell an Bedeutung. Die Konzerne gehen dazu über, diese Produktion ins Ausland zu verlagern bzw. Kooperationsbeziehungen mit ausländischen Anbietern, vor allem aus den OPEC-Ländern, einzugehen.

Ungünstiger wird die Situation beim **Maschinenbau** beurteilt. Nach einem Auftragsstoß zum Jahreswechsel, der eine Folge des Fristablaufs der Investitionszulage gewesen war, hat sich die Situation hier in den letzten Monaten eher wieder etwas verschlechtert. Eine schwache Exportnachfrage und das niedrige Investitionsniveau drücken die Produktion, die noch deutlich unter dem Vorjahresstand liegt.

Günstiger dagegen ist die Lage der **Elektroindustrie** zu beurteilen. Zwar ist die aktuelle Situation hier durch ein „Auftragsloch“ bei den Investitionsgütern als Folge der Investitionszulage gekennzeichnet, die Branche erhofft sich jedoch von der anhaltenden Rationalisierung und auch von den Fördermaßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiete der Verkabelung und der neuen Medien-Impulse. Dies gilt verstärkt für den EDV-Bereich. Relativ schwach entwickelt sich das Gebrauchsgütergeschäft, allerdings mit Ausnahme der Unterhaltungselektronik (Videogeräte).

Die **Automobilindustrie** sah sich im ersten Halbjahr 1983 einer verstärkten inländischen Nachfrage nach PKW gegenüber. Die Zahl der Neuzulassungen erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 10 Prozent, bei PKW um 13 Prozent. Die Vorjahresproduktion wurde im Juni erstmals wieder deutlich übertroffen. Ein erheblicher Nachholbedarf, verbunden mit einer Erleichterung der Konsumentenkredite, hat die private Nachfrage nach PKW erhöht. Zudem hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die bevorstehende Preiserhöhung zu beschleunigten Anschaffungen im ersten Halbjahr 1983 geführt. Im Juli ist es denn auch zu einem Nachfragerückgang gekommen. Ungünstig beurteilt wird die Situation im Export und bei Nutzfahrzeugen. Die Automobilhersteller wickeln zur Zeit ein umfangreiches Investitionsprogramm ab, das sowohl mit Rationalisierungen als auch mit Kapazitätserweiterungen verbunden ist.

#### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	4. Vj. 82	1. Vj. 83	April	Mai <sup>2</sup>
Produzierendes Gewerbe, insges.	- 5,9	- 4,3	- 1,8	- 4,6
Eisenschaffende Industrie	-28,9	-15,7	- 8,5	- 9,5
Chemische Industrie	- 5,6	+ 0,3	+3,2	+ 3,8
Maschinenbau	- 6,2	- 6,8	- 5,2	-12,2
Straßenfahrzeugbau	-11,5	-11,1	- 4,7	- 6,4
Elektrotechnik	- 5,2	- 6,1	- 1,9	- 5,0
EDV-Geräte	+12,7	+17,3	+11,2	+10,7
Textilgewerbe	- 3,8	- 2,0	+ 1,0	- 2,9
Bekleidungs-gewerbe	-10,7	- 5,1	- 2,9	- 9,3
Bauhauptgewerbe	- 5,1	- 1,0	- 1,0	- 5,3

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr <sup>2</sup> Vorläufig  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Itd.)

terungen verbunden ist. Hier wird die Gefahr sichtbar, daß es in späteren Jahren zu erheblichen Überkapazitäten kommen kann.

Leichte Belebungssignale sind auch in den **Textil- und Bekleidungsindustrien** sichtbar, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies wirkt sich noch nicht bei der Produktion aus - die Verringerung der hohen Fertigwarenbestände deuteten jedoch auf einen vergrößerten Absatzspielraum hin.

Die **Bauwirtschaft** ist seit etwa einem Jahr der wichtigste expandierende Sektor der Wirtschaft, ein zentraler Träger der zyklischen Belebungstendenz. Vor allem der Wohnungsbau, aber auch - in geringerem Maße - der Wirtschaftsbau nehmen deutlich zu. Allein der öffentliche Bau stagniert bzw. ist zeitweilig sogar rückläufig - eine Folge der Restriktionspolitik der öffentlichen Hände. Die Bauproduktion steigt an, hat allerdings den Vorjahresstand noch nicht erreicht. Auch hat sich in den letzten Wochen vor allem bei der Entwicklung der Wohnungsbauaufträge eine gewisse Abschwächung gezeigt. Die seit März ansteigenden Zinsen und die Erhöhung der Baupreise dürften in Zukunft die Expansion in diesem Bereich dämpfen.

Die Absatzlage im **Einzelhandel** hat sich stabilisiert, Ausdruck einer gewissen Belebung beim privaten Verbrauch. Die größere Nachfrage nach einzelnen langlebigen Konsumgütern hat - ähnlich wie bei PKW - mit dem aufgestauten Nachholbedarf und den gesunkenen Zinsen für Konsumentenkredite zu tun. Außerdem haben Verbraucher Anschaffungen vorgezogen in Erwartung der höheren Mehrwertsteuer und steigender Preise. Verschiedentlich haben die Händler mit Preiserhöhungen ihrer Lager vermindert.

#### Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup>

	nominal	real
1980	+5,6	+0,3
1981	-2,7	-2,5
1982	-0,4	-4,5
1983		
1. Hj.	+2,9	+0,4

<sup>1</sup> Gegenüber dem Vorjahr in Prozent  
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Itd.)

Im zweiten Halbjahr ist eher wieder mit einer Verschlechterung der Situation zu rechnen, da die Kaufkraft der Löhne, Gehälter und Sozialerwerbinkommen weiter sinkt und verstärkt Preisanhebungen zu erwarten sind.

Die Feststellung des letzten Vierteljahresberichts („INFORMATIONEN...“ 2/1983), daß die zyklische Krise zum Jahreswechsel 1982/83 beendet war, hat sich in den letzten Monaten bestätigt. Die durch lagerzyklische Einflüsse, niedrigere Zinsen und Nachholwirkungen beim privaten Verbrauch stimulierte Konjunkturbelebung ist jedoch schwach geblieben, vor allem fehlen dauerhafte Auftriebsfaktoren beim Konsum und bei den Investitionen. So ist festzustellen, daß die Belebung sich nicht verbreitert hat, eine „Wende“ im Sinne einer deutlichen Wirtschaftsbelebung ist ausgeblieben. Eine erneut rückläufige private Nachfrage, anhaltend niedrige Investitionen und die Auswirkungen der staatlichen „Sparpolitik“ werden die schwache Belebungstendenz im zweiten Halbjahr dämpfen.

### 1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit hat sich im Zuge der Belebung nur wenig verbessert. Allerdings dürften sich die zahlreichen investitions-

#### Investitionstätigkeit<sup>1</sup>

	1982	1983	1. Hj.	2. Hj.
Ausrüstungen	-7,2	+3,0	0,0	+5,5
Bauten	-4,5	+3,0	+3,5	+2,0
Anlageinvestitionen insgesamt	-5,6	+3,0	+2,0	+3,5

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, preisbereinigt  
 (Quelle: DIW-Wochenbericht 25/83, S. 329)

fördernden Maßnahmen, insbesondere die Investitionszulage, im zweiten Halbjahr 1983 positiv auswirken. Dem wird jedoch 1984 ein erneuter Investitionsrückgang folgen.

Bis jetzt ist eine deutliche Belebung nur bei den Bauinvestitionen, vor allem im Wohnungsbau, zu verzeichnen. Dagegen ist die industrielle Investitionstätigkeit bis jetzt ohne Impulse geblieben. Die Planungen der Industriebetriebe für die nächsten Jahre deuten darauf hin, daß dies auch in den nächsten Jahren so bleiben wird.

#### Industrielle Investitionen<sup>1</sup>

	1980	1981	1982	1983
Bergbau	2 450	3 250	3 800	4 100
Verarbeitendes Gewerbe	51 000	49 510	48 050	49 000
Insgesamt	53 250	52 760	51 850	52 900

<sup>1</sup> Millionen DM, jeweilige Preise  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 19-20/1983, S. 8)

Preisbereinigt werden die Investitionen auch 1983 um ein Prozent sinken, nachdem es 1981 und 1982 zu einem realen Investitionsrückgang um jeweils 6,5 Prozent gekommen war.

Vor dem Hintergrund der im Juni auf 77,8 Prozent gestiegenen Kapazitätsauslastung ist vor allem die Verminderung der Erweiterungsinvestitionen bemerkenswert.

#### Zielsetzung der Investitionen<sup>1</sup>

	1980	1981	1982	1983
Kapazitäts-erweiterung	39	30	26	25
Rationalisierung	36	43	44	46
Ersatzbeschaffung	25	27	30	29

<sup>1</sup> Anteile in %, 1982 geplant  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 19-20/83, S. 10)



Infolgedessen wird es 1983 nach den Ermittlungen des Ifo-Instituts erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik zu keiner Erweiterung der industriellen Produktionskapazitäten mehr kommen.

Kapazitätsabbau erfolgt vor allem im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, in der Stahlindustrie, in der NE-Metallindustrie, im Mineralölbereich.

Auch mittelfristig ist bei den Erweiterungsinvestitionen keine Tendenz zur Belebung sichtbar. Die Unternehmen stellen sich für die nächsten fünf Jahre nur auf ein sehr verhaltenes Absatzwachstum ein, für 1983 bis 1987 wird von einem jahresdurchschnittlichen Wachstum der Binnenmärkte von 1,8 Prozent aus-

**Veränderung der Produktionskapazität<sup>1</sup>**

Bereich	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup>	+2,5	+2,7	+2,7	+1,5	+0,5	+0,1
davon:						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe <sup>2</sup>	+0,9	+0,2	+0,6	-2,9	-5,7	-4,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+2,3	+2,9	+3,2	+2,6	+2,1	+0,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+3,6	+4,1	+3,3	+2,1	+1,2	+1,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+3,9	+4,3	+4,0	+4,6	+4,5	+3,0

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, 1983 geplant  
<sup>2</sup> Ohne chemische Industrie  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst, ebd.)

gegangen. Da ein entsprechendes Kapazitätswachstum bereits als Folge von Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen zu erwarten ist, dürfte der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen in den kommenden Jahren eher noch geringer anzusetzen sein als gegenwärtig. Investitionsimpulse werden lediglich aus der technologischen Entwicklung und aus den wachsenden Anforderungen an den Umweltschutz erwartet.

Bei den Investitionen im Zusammenhang mit den neuen Technologien ist – neben den arbeitssparenden – mit verstärkten kapital-sparenden Effekten zu rechnen. Dies ist schon jetzt sichtbar bei Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten, die nicht nur leistungsfähiger, sondern auch billiger geworden sind: nach den Schätzungen des Ifo-Instituts hätten bei einer Preisentwicklung wie im Maschinenbau die 1980 angeschafften Geräte 15,5 Milliarden DM an Investitionsmitteln gekostet. Tatsächlich aber wurden nur 8,8 Milliarden DM aufgewendet.

Ähnliche kapitalsparende Effekte sind bei NC-Werkzeugmaschinen zu erwarten: der Zeitpunkt ist absehbar, wo beim Einsatz solcher Maschinen nicht nur der Arbeits-, sondern auch der Investitionsaufwand je Produkteinheit sinkt. Zu beachten ist insbesondere, daß die mit den neuen Technologien verbundene stärkere Flexibilität der Produktionssysteme, ihre leichtere Anpassungsfähigkeit, vor allem im Maschinenbau die Kosten senken wird: „Der Industrieroboter wird die Senkung der Preise für Industrieroboter herbeiführen.“ (Ifo-Schnelldienst, 19-20/83, S. 29)

Diese erst im Ansatz sichtbaren Tendenzen werden den Investitionsbedarf und damit die Investitionsnachfrage relativ zur Kapazitätentwicklung senken, stellen also im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein Moment zur Wachstumsverlangsamung dar.

Ob die zunehmenden Investitionserfordernisse auf dem Gebiet des Umweltschutzes nachfragewirksam werden, hängt weitgehend von der Politik der staatlichen Instanzen ab. Die Umweltverschmutzung stellt in zunehmendem Umfang eine Belastung der Produktionsbedingungen dar, verschlechtert die gesamtgesellschaftlichen Verwertungsbedingungen. Dem wird aber von den Einzelkapitalen nicht Rechnung getragen: sie setzen nach wie vor, getrieben vom Profitmotiv, alle ihre wirtschaftlichen und politischen Machtmittel ein, um die Schutzbestimmungen so niedrig und damit so kostengünstig wie möglich zu halten. Wie die Auseinandersetzung um das Waldsterben zeigt, kommt es jedoch auf diesem Gebiet auch zu Interessenskonflikten zwischen den Kapitalen verschiedener Sektoren. Eine konsequente staatliche Umweltpolitik müßte die Unternehmen zwingen, weniger umweltbelastende und damit fürs Einzelunternehmen auch aufwendigere Produktionsverfahren anzuwenden oder aber selbst die entsprechenden Investitionen vorzunehmen – bei Heranziehung der Unternehmen zur Finanzierung.

Beleuchtet man die für die Investitionsentwicklung zentralen Faktoren Erweiterung, Modernisierung und Umweltschutz, so muß von einer Stagnation bzw. von einem tendenziellen Rückgang der industriellen Investitionsnachfrage ausgegangen werden. Jedenfalls sind von der Investitionsnachfrage auch für die nächsten Jahre keine Impulse zu erwarten, die die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik beleben und die seit 1973 herrschende depressive Grundstimmung überwinden könnten.

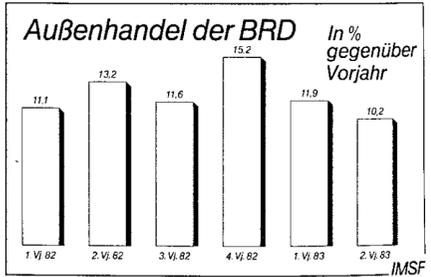
**1.4 Außenwirtschaft**

Im Außenhandel der BRD haben sich – realwirtschaftlich betrachtet – in den letzten Monaten eher ungünstige Momente ergeben. Erstmals seit 1975 sind die Ausfuhr im Vorjahresvergleich zurückgegangen. Dies gilt für die nominale wie für die reale Betrachtung. Dagegen sind die Importe nominal nur leicht gesunken, real sogar angestiegen.

**Außenhandel der BRD**

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>
1. Vj. 82	107,6	+18,0	96,5	+5,6	+11,1	-
2. Vj. 82	108,3	+11,3	95,1	+4,9	+13,2	+100,0
3. Vj. 82	101,4	+2,6	89,8	-2,1	+11,6	+63,4
4. Vj. 82	110,5	+0,6	95,3	-0,1	+15,2	+5,6
1. Vj. 83	105,6	-1,9	93,7	-2,9	+11,9	+7,2
2. Vj. 83	106,0	-2,1	95,9	+0,8	+10,2	-22,7

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



Der Exportrückgang hat mehrere Ursachen. Wichtig ist der Rückgang der Bestellungen aus den Entwicklungsländern, vor allem aus den OPEC-Staaten. Außerdem macht sich bei den Exporten in die Industrieländer die überall herrschende Investitionsschwäche bemerkbar: die Bundesrepublik exportiert vor allem Investitionsgüter. Schließlich hinkt die konjunkturelle Entwicklung vor allem in den Ländern hinterher, die die Hauptabnehmerländer der Bundesrepublik sind: Frankreich, die Niederlande und Italien nehmen fast ein Drittel der bundesdeutschen Exporte auf. Hier wirkt sich auch die Aufwertung der DM im Rahmen des Europäischen Währungssystems als Exportbremse aus.

Für das zweite Halbjahr 1983 wird eine gewisse Zunahme der bundesdeutschen Exporte erhofft, wobei von einer deutlicheren Belebung der Weltkonjunktur ausgegangen wird. Erleichterungen werden für die Exporte in den Dollar-Raum erwartet: die Belebung der US-Konjunktur und die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar dürften zu vergrößerten Bestellungen führen. Andererseits ist zu beachten, daß die USA mit einem wachsenden Handelsbilanz-Defizit kämpfen und dabei vor Importbeschränkungen nicht zurückschrecken. Alles in allem kann mit einer Stabilisierung, aber nicht mit expansiven Impulsen aus dem Export gerechnet werden.

Trotz dieser realwirtschaftlich eher ungünstigen Entwicklung wird für 1983 mit einer weiteren Vergrößerung des Überschusses in

der Handelsbilanz und in der Leistungsbilanz gerechnet. Ursächlich dafür ist die Verbesserung der bundesdeutschen Austauschverhältnisse, der „Terms of Trade“: während die Exportpreise weiter ansteigen, sind die Importpreise zurückgegangen.

**Terms of Trade<sup>1</sup>**

1979	1980	1981	1982	1983 <sup>2</sup>
96,4	90,2	86,3	89,9	92,8

<sup>1</sup> Index 1976 = 100  
<sup>2</sup> Januar–Mai 1983  
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifo.)

Ob diese Entwicklung anhalten wird, ist zur Zeit zumindest fraglich: Der kräftige Anstieg des Dollarkurses bis auf einen Stand von DM 2,70 je Dollar im August verteuert die Rohstoffimporte, die ganz überwiegend in Dollar abgerechnet werden. Infolgedessen ist auch mit einem erneuten Anstieg der Importpreise zu rechnen, wenn die Stärke des Dollarkurs nicht nur als vorübergehende Erscheinung gewertet werden soll. Dies dürfte aber nicht der Fall sein: der seit 1980 – mit Unterbrechungen – ansteigende Dollarkurs spiegelt die starke politische und ökonomische Position der USA wieder, die – vor allem in politischer Hinsicht – auf den letzten internationalen Konferenzen bestätigt wurde.

**1.5 Zinsentwicklung, Dollarkurs und Aufwertung**

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik stehen die Entwicklung der Zinsen und des Dollarkurses. Entgegen den offiziellen Erwartungen sind die Zinsen sowohl in den USA als auch in der BRD und in den anderen kapitalistischen Ländern seit dem Frühjahr wieder deutlich angestiegen. Der Zins für dreimonatige Schatzwechsel kletterte im August in den USA auf etwa 9,5 Prozent, gegenüber 8 Prozent im Februar 1983. In der Bundesrepublik erreichte die Rendite festverzinslicher Wertpapiere im August wieder 8,3 Prozent, ein Prozent mehr als im März. Dieser Anstieg des Zinsniveaus ist um so bemerkenswerter, als die Inflationsrate zunächst weiter zurückgegangen ist. Die reale Verzinsung von Geldkapitalanlagen hat sich also noch stärker erhöht.

Gleichzeitig ist der Wechselkurs des Dollar kräftig angestiegen, eine Tendenz, die seit Ende 1980 anhält. (Vgl. Grafik in Abschnitt 1.1) Im August wurde zeitweilig die Marke von DM 2,70 je Dollar überschritten. Der Dollar war damit 25 Pfennige teurer als im Mai 1983 – trotz umfangreicher Stützungskäufe durch die Bundesbank.

In der öffentlichen Diskussion werden diese Erscheinungen in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht. Die gängige Erklärung lautet: Die hohe amerikanische Staatsverschuldung und die Hochzinspolitik der US-Notenbank trieben die US-Zinsen hoch. Dies führe zu Kapitalzuflüssen in die USA, treibe den Dollarkurs hoch und erzwingt so Zinssteigerungen auch in den übrigen kapitalistischen Ländern. Diese Erklärung beschreibt die Vorgänge sicher teilweise richtig, geht aber an den eigentlichen Ursachen der Zinsentwicklung und der Wechselkursverschiebungen vorbei. Die „offiziösen“ Erklärungen verzichten auf den notwendigen Hinweis, daß die Rüstungsausgaben ein wichtiger Faktor der rapide angestiegenen Staatsverschuldung sind – allerdings nicht die Hauptursache. Doch auch unter Berücksichtigung des Faktors Rüstung greift der Erklärungszusammenhang „Staatsverschuldung – Zinsen“ zu kurz. Es sei aber schon an dieser Stelle betont, daß die aggressive Rüstungspolitik der USA tatsächlich eine zentrale Ursache des starken Dollar und der Wechselkurs-sprünge ist.

Es wäre zunächst zu klären, warum die Zinsen in den USA und in der gesamten kapitalistischen Welt so hoch geblieben sind und in der letzten Zeit trotz andersgerichteter Bemühungen der Notenbanken wieder ansteigen. Dies ist festzuhalten: **Seit etwa zwei Jahren bemühen sich die kapitalistischen Notenbanken um eine Lockerung der Geldpolitik mit dem Ziel der Zinssenkung!**

Die anhaltend hohen Zinsen sind inzwischen nämlich zu einer unmittelbaren Bedrohung des gesamten kapitalistischen Geld- und Währungssystems geworden. Immer wieder geraten überschuldete Länder vor allem Lateinamerikas an den Rand der Zahlungsunfähigkeit, können die hohen Zinsen und Tilgungsleistungen nicht mehr tragen. Zinssenkungen würden die Situation erheblich entschärfen. Daher wird der erneute Zinsanstieg seit dem Frühjahr 1983 von der offiziellen Politik mit Rat- und Hilflosigkeit angesehen: erfolgte er doch gegen die auf Zinssenkung gerichteten Maßnahmen der Notenbanken. Inzwischen nehmen sowohl die Deutsche Bundesbank als auch das amerikanische Notenbanksystem bewußt in Kauf, daß ihre geldpolitischen Orientierungsmarken – die „Geldmenge“ – weit überschritten werden. Neues Inflationspotential wird angehäuft, weil die staatlichen Stellen eine erneute Verschärfung der Geldpolitik aus Angst vor weltweiten Finanzkrachs nicht wagen.

Auch der Verweis auf die hohe Staatsverschuldung in den kapitalistischen Ländern kann vor diesem Hintergrund keinen ausreichenden Beitrag zur Erklärung des Zinsniveaus leisten. Eine hohe staatliche Kreditnachfrage treibt sicher dann die Zinsen, wenn ihr kein entsprechendes Kreditangebot gegenübersteht, wenn die Kapitalmärkte also zu eng sind. Dies ist aber weder in den USA noch in der BRD der Fall: Dort haben die Notenbanken mit ihrer Geldpolitik im Gegenteil das Kreditangebot erweitert.

Die Ursache des jüngsten Zinsanstiegs ist weder die Notenbankpolitik noch die Zunahme der Staatsverschuldung in den kapitalistischen Ländern!

Das anhaltend hohe Zinsniveau ist vielmehr Ausdruck der Krisenerscheinungen im produzierenden Bereich der kapitalistischen Ökonomie. Während die kapitalistischen Absatzmärkte unter dem Druck anhaltender Krisenerscheinungen und staatlicher „Sparpolitik“ stagnieren oder gar schrumpfen, sind im Geld- und Kreditsektor neue, profitable Anlagemöglichkeiten entstanden. Rohstoff- und Devisenspekulationen, die Verschuldung der Entwicklungsländer, die Aufblähung internationaler Kapitalmärkte („Eurodollarmarkt“), boten und bieten dem anlagensuchenden Kapital wachsende Verwertungsmöglichkeiten.

Diese Art von Kapitalanlagen sind allerdings risikoreicher als die „traditionelle“ Anlageform im produktiven Bereich. Eine unerwartete Schwankung des Wechselkurses, der Zusammenbruch eines Kreditinstituts, die Zahlungsunfähigkeit überschuldeter Länder können einen erhofften großen Profit von heute auf morgen in einen Verlust verwandeln. Und je umfangreicher der Geld- und Kreditapparat, je intensiver die Spekulation mit Devisen und Rohstoffen, je höher die Verschuldung der Kreditnehmer, desto größer wird auch das Risiko. Die Geldkapitalanleger und die vermittelnden Banken versuchen, sich gegen die zunehmenden Risiken durch eine Verkürzung der Ausleihfristen und eine Erhöhung der Zinsen abzusichern. Dies ist der entscheidende Grund für den rapiden Anstieg der Bankengewinne und die Erhöhung der Renditen für Geldkapitalanleger. (Vgl. weiter unten Abschnitt 2.1 Untermehrgewinne)

**Die hohen Zinsen sind also Ausdruck der großen und wachsenden Labilität des kapitalistischen Geld- und Kreditystems.** Es ist klar, daß sich dies am stärksten in den Dollarzinsen, der nach wie vor wichtigsten Währung der kapitalistischen Welt niederschlägt. Zudem sind die Banken der USA am stärksten von der Überschuldung der Entwicklungsländer betroffen: Die größten Probleme haben hier die Länder Lateinamerikas, ein Geschäft, das ganz überwiegend von US-amerikanischen Banken beherrscht wird. Grundsätzlich aber sind die Geld- und Kapitalmärkte internationalisiert, die Zinsentwicklung kann daher nicht isoliert dem Markt der USA angerechnet werden.

Erweist sich also der behauptete Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Zinsniveau als zu kurz gegriffen, so scheint die gängige Erklärung für den hohen Dollarkurs zunächst plausibel: Die Kapitalanleger orientieren sich an den höchsten Zinsen und bevorzugen daher Dollaranlagen. Allein in diesem Jahr beträgt der Kapitalzufluß in die USA bisher etwa 40 Milliarden Dollar. Diese Gelder werden in verschiedenen Formen ange-

legt, auch in US-Staatspapieren. Tatsächlich würde eine solche Entwicklung für sich gesehen den Dollarkurs hochtreiben. Trotzdem erweist sich auch diese These als nur teilweise richtig. Dollaranleger müssen nämlich nicht nur an die Zinsdifferenz zu den USA sondern auch an das Wechselkursrisiko denken. Fällt der Dollarkurs nämlich, so könnte sich eine Dollaranlage trotz hoher US-Zinsen als schlechtes Geschäft herausstellen.

Tatsächlich aber würden die ökonomischen Grunddaten zur Zeit viel eher für einen **schwachen Dollar** sprechen: Die USA kämpfen mit einem rapide ansteigenden Defizit in den Handels- und Leistungsbilanzen. Konnte 1980 noch ein Überschuf in der Leistungsbilanz in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar verbucht werden, so war schon 1982 ein Defizit von acht Milliarden zu verzeichnen. Für 1983 wird ein Anstieg auf 21 Milliarden Dollar erwartet.

Man erinnere sich: Als die Leistungsbilanz der Bundesrepublik 1979 bis 1981 ins Defizit geraten war, wurde dies allgemein als größte Bedrohung für die Stabilität der bundesrepublikanischen Währung und darüber hinaus als zentrales wirtschaftliches Problem gesehen. Und nun steigt der Dollarkurs **trotz** eines rapide anwachsenden Defizits der USA! Sicher: Eine ohnehin stabile Grundtendenz des Dollarkurses würde durch die relativ höheren US-Zinsen verstärkt, eine eigenständige Ursache des Anstiegs aber ist die Zinsdifferenz nicht.

Tatsächlich scheint die Hauptursache der Dollar-Stärke und damit der Kapitalzuflüsse nicht unmittelbar wirtschaftlicher Natur zu sein. Einmal bietet sich der Dollar als stärkste kapitalistische Währung auch als „Fluchtwährung“ an: angesichts wachsender wirtschaftlicher und politischer Labilität scheint das ökonomisch, politisch und militärisch bedeutendste kapitalistische Land relativ noch die größte Sicherheit zu bieten.

Darüber hinaus aber spielt die aggressive außenpolitische Orientierung der USA und deren militärische Stärke eine eigenständige Rolle: Die USA sind auf militärischem Gebiet unangefochten westliche Führungsmacht, eine Rolle, die sie auf wirtschaftlichem Gebiet verloren haben. In einer Weltsituation, die von wachsenden Spannungen, von zunehmender Militarisierung der internationalen Beziehungen gekennzeichnet ist, gewinnt dieser Faktor auch politisch und wirtschaftlich an Bedeutung. Umgekehrt würde eine durch Entspannungstendenzen und Friedenspolitik gekennzeichnete internationale Situation die Bedeutung militärischer Stärke herabmindern. So führt jede Verschärfung der internationalen Spannungen zu einem Positionsgewinn der militärischen Führungsmacht im kapitalistischen Lager, was sich entsprechend auf die Devisenspekulation auswirkt. Daß eine solche politische Orientierung der Spekulation eine größere Labilität des Wechselkursgefüges beinhaltet, ist unmittelbar einsichtig. Jede Ankurbelung der Rüstungsspirale, jede militärische Intervention oder auch nur Drohung mit ihr hat sich daher in der Vergangenheit auch zugunsten des Dollar auf die Devisenspekulation ausgewirkt: Dies gilt in jüngster Zeit sowohl für die Spannungen in der Volksrepublik Polen als auch für die Situation in Mittelamerika. Insofern muß die aggressive außenpolitische Orientierung der USA gegenüber der Dritten Welt und gegenüber dem sozialistischen Lager auch als Moment der Auseinandersetzung innerhalb des kapitalistischen Systems verstanden werden: Die Zunahme des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen als Folge der US-Politik stärkt die Position der USA gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten, was sich u. a. in der Stärke des Dollar als kapitalistischer Hauptwährung ausdrückt.

## 2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmerrgewinne

Waren die Gewinne schon 1982 trotz der Krisenverschärfung im zweiten Halbjahr kräftig angestiegen, so schlägt sich die kon-

junktuelle Besserung ebenfalls gewinnsteigernd nieder. Während die Nettolohnsumme stagniert, erhöhen sich die Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen um annähernd zehn Prozent.

	1982		1983		1984
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Brutto	+ 7,0	+6,5	+5,5	+11,0	+7,5
Netto	+ 9,5	+6,8	+6,0	+12,5	+8,5
Entnommene Gewinne/ Vermögenseinkommen	+12,2	-3,3	+1,5	+7,5	+4,0

<sup>1</sup> Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Prognose des DIW  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 25/83, S. 330)

Während die industriellen Gewinne im Vorjahr – bei erheblichen Unterschieden – stagniert hatten bzw. nur wenig angestiegen waren, erhöhen sie sich 1983 sprunghaft. Die BHF-Bank rechnet in ihrer Gewinnsschätzung für 1983 mit einem Anstieg der ausgewiesenen Firmengewinne um etwa 15 Prozent.

Im Bankenbereich sind die Gewinne seit 1980 jährlich um jeweils etwa ein Drittel gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Gewinnverbesserungen des letzten Jahres hatten sich also vorwiegend auf den Bereich des Geldkapitals konzentriert.

	Zinsüberschuf		Betriebsergebnis		Jahresüberschuf	
	Alle <sup>2</sup>	Großbanken	Alle <sup>2</sup>	Großbanken	Alle <sup>2</sup>	Großbanken
1975	29,3	4,2	11,2	1,1	4,6	0,7
1980	40,2	5,6	13,1	1,0	5,3	0,5
1981	47,3	6,6	18,5	1,9	5,3	0,4
1982	56,1	7,8	25,1	2,8	6,4	0,6

<sup>1</sup> Mrd. DM <sup>2</sup> Ca. 3 300 Institute, darunter 6 Großbanken  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/1983, S. 24)

Der Zinsüberschuf enthält die Erträge aus dem Kreditgeschäft, ohne Erträge aus anderen Geschäften und ohne Verwaltungsaufwand. Die für die Beurteilung wichtigste Kennziffer ist das Betriebsergebnis: Es enthält die Erträge aus allen laufenden Geschäften. Die hohe und in den letzten Jahren sprunghaft angewachsene Differenz zum Jahresüberschuf (nach Steuern) erklärt sich (neben der Besteuerung) aus den kräftig erhöhten „Rückstellungen“ für Kreditrisiken.

Wurden im Jahre 1976 von den Banken Abschreibungen und Rückstellungen in Höhe von 3,9 Milliarden DM vorgenommen, so waren es 1982 12,2 Milliarden. Die Großbanken vervielfachten die entsprechenden Rückstellungen von 91 Millionen im Jahre 1976 auf 2 256 Millionen. Dies erklärt auch die Entwicklung des Jahresüberschusses bei den Großbanken. Für diese Rückstellungen gibt es praktisch keine gesetzlichen Regelungen, ihr Umfang liegt weitgehend im Ermessen der Banken selbst.

Aber selbst wenn man nur die ausgewiesenen Jahresüberschüsse untersucht, so ist doch bemerkenswert, daß im Bankenbereich 1982 ebenso hohe Überschüsse erwirtschaftet wurden wie von den Aktiengesellschaften des produzierenden Gewerbes. 1981 wiesen 766 vom Statistischen Bundesamt untersuchte Gesellschaften – sie repräsentierten 97 Prozent des Grundkapitals der Aktiengesellschaften des produzierenden Bereichs – einen Jahresüberschuf von 6,4 Milliarden DM aus. Dieser dürfte im Jahre 1982 ähnlich hoch gewesen sein, d. h. erstmals erwirtschaftete der Bankensektor ähnlich hohe ausgewiesene Gewinne wie der Kernsektor des produzierenden Gewerbes, die Aktiengesellschaften. Tatsächlich dürften die Erträge wegen der Rückstellungspolitik der Banken sogar höher gewesen sein.

Die Halbjahresergebnisse der Großbanken für 1983 machen deutlich, daß sich der Gewinnanstieg auch 1983 fortsetzen wird. Das Betriebsergebnis der Deutschen Bank erhöhte sich im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um

nochmals 14 Prozent, bei der Dresdner Bank um 36 und bei der Commerzbank um 68 Prozent.

### 2.2 Konzentration

Die seit dem Beginn der 70er Jahre anhaltende Periode der ökonomischen Labilität war und ist auch ein Zeitraum zunehmender Konzentration und Zentralisation des Kapitals gewesen. Allerdings spiegelt sich das nur teilweise in den vorhandenen Statistiken und Konzentrationsmaßen wider: Die internationale Dimension des Konzentrationsprozesses wird dadurch kaum erfaßt.

Einen Überblick über die meßbare Entwicklung des letzten Jahrzehnts gibt eine Darstellung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI-Mitteilungen 7/1983).

	1968		1980	
	Zahl der Konzerne	Umsatz in % <sup>1</sup>	Zahl der Konzerne	Umsatz in % <sup>1</sup>
Produzierendes Gewerbe	91	32,7	91	35,1
Verarbeitendes Gewerbe	80	34,6	75	37,8
Gesamtwirtschaft	129	24,3	129	27,7

<sup>1</sup> Anteil am Umsatzvolumen insgesamt  
(Quelle: WSI-Mitteilungen, 7/83, S. 396)

Es handelt sich bei den untersuchten Konzernen um Gesellschaften mit einem Jahresumsatz von mehr als 1,4 Milliarden DM. Da bei den veröffentlichten Ziffern die Konzerninternen Umsätze nicht verbucht werden, im zugrunde gelegten Umsatzvolumen aller Umsatzsteuerpflichtigen aber enthalten sind, ist der tatsächliche Anteil noch höher einzuschätzen. Im Kernbereich der kapitalistischen Ökonomie, in der verarbeitenden Industrie entfallen demnach fast 40 Prozent der Gesamtumsätze auf nur 75 Konzerne. Da diese Konzerne jeweils über zahlreiche unmittelbar mit ihnen verbundene kleine und mittlere Zulieferbetriebe verfügen, ergibt sich in diesem Bereich ein Eindruck von der Dominanz dieser Monopole in der Ökonomie der Bundesrepublik. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Fusionsaktivitäten ihren Höhepunkt erst 1980 erreichte und in den beiden folgenden Jahren kaum abgenommen haben.

	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Insolvenzen	4 201	9 195	9 361	9 562	8 722	8 319	9 144	11 653	15 877
Fusionen	305	448	453	554	558	602	635	618	603

(Quelle: Presseberichte)

Die einschneidendsten Veränderungen der Unternehmenslandschaft sind mit der andauernd hohen Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen verbunden. Im ersten Halbjahr 1983 wurden 8 360 Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüche registriert, 12 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Auch im Mai/Juni wurden die Vorjahreszahlen etwa um sechs Prozent übertroffen – trotz Belebung. Ein Rückgang der Ziffern ist nur im Baugewerbe zu verzeichnen, in den übrigen großen Wirtschaftsbereichen steigen sie weiter an.

Die Insolvenzgefährdung ist nach wie vor bei den kleineren Betrieben am höchsten: von je 1000 Unternehmen mit 100 bis 200 Beschäftigten machten im ersten Halbjahr 1983 4,5 Unternehmen Pleite. Bei Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten betrug diese Ziffer nur 1,4. Allerdings ist sie auch bei Unternehmen mit weniger als 100 Belegschaftsangehörigen niedriger als in der Gruppe von 100 bis 200: es ist dabei aber zu bedenken, daß angesprochene Klein- und Kleinstbetriebe oft die „stille“ Liquidation, ohne offiziellen Konkurs, bevorzugen.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Die Tarifabschlüsse des Frühjahrs lagen mit einem Umfang der Tarifanhebungen um drei Prozent wiederum etwa ein Prozent unter den Ergebnissen des Vorjahres.

	1982			1983	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	+4,3	+3,6	+3,9	+4,0	+3,8
				+3,8	+3,1

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die Lohnsteuerprogression führt dazu, daß die ohnehin niedrigen Bruttolohnsteigerungen fast ausschließlich in die Staatskassen wandern. Während die Bruttolohn- und gehaltssumme im ersten Halbjahr den Vorjahresstand nur wenig überstieg, übertrafen die Steuern und Abgaben auf die Arbeitseinkommen den Vorjahresstand um fast fünf Prozent.

Trotz der deutlich zurückgegangenen Inflationsrate ist es daher auch in den abgelaufenen Tarifeinsetzungen nicht gelungen, den Rückgang der Realeinkommen aufzuhalten.

	1980	1981	1982	1. Hj. 1983	2. Hj. 1983 <sup>2</sup>
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,0	+4,3	+2,1	+1,5	+1,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,3	+3,9	+1,0	0,0	0,0
Je Beschäftigten	+4,9	+4,5	2,9	+2,0	+2,0
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,3	+3,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,6	-1,4	-2,4	-1,3	-1,0

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzung des Ifo-Instituts  
(DIW-Wochenbericht 25/83, S. 330)

Für die Entwicklung der Massenkaukraft ist neben der Reallohnentwicklung die Veränderung der sozial bestimmten Einkommen maßgeblich. Als Folge der verschiedenen Maßnahmen des Sozialabbaus ist hier – trotz zunehmender Arbeitslosigkeit – kaum noch ein Anstieg zu verzeichnen. Die „Masseneinkommen“ nahmen im ersten Quartal 1983 nominal nur noch um 1,2 Prozent zu, gingen also real deutlich zurück. Diese Tendenz wird auch im weiteren Jahresverlauf anhalten.

Aus diesem Grund kann nicht damit gerechnet werden, daß die im ersten Halbjahr zu konstatierende Stabilisierung der privaten Nachfrage von Dauer sein wird: Finanziert wurden die Käufe langlebiger Konsumgüter, vor allem von PKW, vorwiegend über zusätzliche Konsumentenverschuldung und durch freigewordene „vermögenswirksame“ Mittel. Dies ist abzulesen an der Entwicklung der „Sparquote“, d. h. des Anteils der Ersparnisbildung an den laufenden Einkommen. Mit 12,5 Prozent erreicht diese zur Zeit einen Stand, der seit Ende der sechziger Jahre nicht mehr unterschritten wurde. Ein weiterer Rückgang ist unwahrscheinlich. Aus diesem Grund ist für die nächste Zeit ein erneuter Konsumrückschlag zu befürchten, der sich dämpfend auf die Konjunktorentwicklung auswirken wird.

### 3.2 Preise

Ein deutlicher konjunktureller Entlastungseffekt war mit der in den letzten Monaten verlangsamten Preisentwicklung verbunden.

Diese ist zwar durch statistische Effekte überzeichnet – im Juni letzten Jahres wurden verschiedene wichtige Verbrauchsteuern erhöht, im Juli diesen Jahres die Mehrwertsteuer – hat aber trotzdem erheblich zur Stabilisierung der Konsumnachfrage beigetragen.

**Lebenshaltung 1983<sup>1</sup>**

	Veränderung in % gegenüber	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,1	+3,9
Februar	0,0	+3,7
März	-0,1	+3,5
April	+0,2	+3,3
Mai	+0,4	+3,0
Juni	+0,4	+2,4
Juli	+0,4	+2,5

<sup>1</sup> Alle Haushalte, Preisbasis 1976  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Eine preisstabilisierende Rolle haben die ernte- und saisonabhängigen Produkte gespielt, vor allem Obst und Gemüse und bestimmte Brennstoffe: sie sind zur Zeit etwa 10 Prozent billiger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Die Tendenz zur Verlangsamung des Preisanstiegs hat sich auch auf den anderen Ebenen der Gesamtwirtschaft fortgesetzt. Die Großhandelspreise sind zur Zeit sogar etwas niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit, die industriellen Erzeugerpreise nur geringfügig höher.

**Ausgewählte Preisindizes 1982**

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	0,0	+2,2	-2,2	-3,2	-0,9	-2,1	-1,0	-0,2
Februar	-0,1	+2,0	-0,6	-2,4	-0,5	-2,1	-0,8	-0,8
März	-0,3	+1,7	-0,3	-2,6	-1,5	-3,1	-0,6	-1,1
April	+0,3	+1,5	-1,6	-3,6	+0,1	-3,0	+0,8	-0,8
Mai	+0,1	+1,3	-0,3	-4,0	+0,2	-1,7	+0,6	-1,3
Juni	+0,3	+1,1	+0,8	-2,9	+1,0	-1,2	+0,7	-1,3
Juli	+0,1	+0,8	-	-	-	-	-0,5	-2,0

(1) In % gegenüber dem Vormonat  
(2) In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Nun aber scheint der Tiefpunkt der Preisentwicklung überschritten. Einmal wird sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 erst in den kommenden Monaten voll auf die Preise auswirken. Außerdem lassen die Planungen der Unternehmer erkennen, daß im Zuge der leichten konjunkturellen Stabilisierung verstärkt Preiserhöhungen vorgenommen werden.

Schließlich basierte die Inflationsberuhigung zu einem erheblichen Teil auf den niedrigen Importpreisen, vor allem den gesunkenen Rohstoffpreisen. Der Anstieg der Rohstoffpreise, der sich in den letzten Wochen auch wieder auf die Rohölpreise erstreckt hat und der Rückgang des DM-Kurses gegenüber dem Dollar hat schon jetzt zu einer Trendumkehr geführt.

Außerdem ist zu beachten, daß die staatliche Geldpolitik – entgegen ihren eigenen Absichten und gezwungen durch die drohende Krise des Geldsystems (Zahlungsunfähigkeit zahlreicher Entwicklungsländer) – in den großen kapitalistischen Ländern die Anhäufung eines neuen Inflationspotentials zugelassen hat: die Entwicklung der Geldmenge, die seit dem Beginn der siebziger Jahre als Orientierungspunkt der Notenbankpolitik angegeben wurde, hat sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik den angestrebten Rahmen weit überschritten. Hielten sich die Notenbanken an ihre selbstgesetzten Zielmarken, so hätten sie seit einiger Zeit die Zinsschraube wieder kräftig anziehen müssen. Dies hätte aber zum Kollaps des internationalen Kreditystems geführt – und zudem die zaghaften konjunkturellen Belebungsanzeichen in den kapitalistischen Industrieländern erstickt.

**Rohstoffpreise**

	HWVA-Index <sup>1</sup>	VWD-Index <sup>2</sup>
	1980	226
1981	241	175
1982	229	162
1983		
Januar	225	163
Februar	226	171
März	214	169
April	203	178
Mai	204	184
Juni	204	188

<sup>1</sup> Auf Dollar-Basis, 1975 = 100  
<sup>2</sup> Auf DM-Basis, 1972 = 100  
(Quelle: FAZ v. 11. 7. 1983)

Die verschiedenen internationalen „Feuerwehraktionen“ zur Stützung überschuldeter Staaten wie Brasilien und Mexiko haben zwar den drohenden Zahlungskollaps zunächst hinausgeschoben, aber nur um den Preis einer inflationären Geldmengenzunahme. Die Banken und die supranationalen Institutionen wie der internationale Währungsfonds haben den verschuldeten Staaten zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt, mit denen diese ihren dringlichsten Verpflichtungen nachkommen konnten. Da dieser Geldschöpfung kein entsprechend gewachsenes Produktionsvolumen entspricht, wird dies die vorhandenen Zahlungsmittel entwerten und so inflationär wirken.

**3.3 Aktionen der Arbeiterklasse**

In den Sommermonaten 1983 sind nur noch in wenigen größeren Bereichen Tarifabschlüsse ausgehandelt worden. Den wichtigsten Tarifabschluß stellt der Abschluß für den Öffentlichen Dienst dar. Faktisch bedeutet die Tarifierhöhung ab 1. 3. 1983 um 2 % und die Stufenerhöhung um 0,5 % ab 1. 7. 1983 auf ein Jahr umgerechnet eine Erhöhung um 2,3 %. Dies impliziert einen Reallohnverlust – bezieht man die Inflation und die Steuerprogression ein – von 2 bis 3 Prozent. Die Stufenerhöhung ab dem 1. 3. 1984 um 0,5 Prozent kommt der von der Bundesregierung angestrebten „Lohnpause“ für ein halbes Jahr gleich.

**Tarifabschlüsse Mai bis Juli 1983**

Gewerkschaft	Tariffbereich	Beginn/Laufzeit	Inhalt
GTB	Textilindustrie	1. 5. 83 – 30. 4. 84	DM 50,- pauschal für Mai, 3,2 % ab 1. 6. 83
GTB	Bekleidungsindustrie	1. 5. 83 – 30. 4. 84.	DM 32,- pauschal für Mai, 3,0 % ab 1. 6. 83, 0,2 % Stufenerhöhung ab 1. 7. 83
ÖTV	Öffentlicher Dienst	1. 3. 83 – 31. 8. 84	2 % ab 1. 3. 83, 0,5 % Stufenerhöhung ab 1. 7. 83, 0,5 % ab 1. 3. 84
HBV	Einzelhandel	1. 5. 83 – 30. 4. 84	3,2 %
RFFU	Film- und Fernseh-schaffende	1. 4. 83 – 31. 3. 85	4,4 %

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Die amtliche Arbeitskämpfstatistik hat außer in den Jahren, in denen „reguläre“ Streiks, wie etwa 1978 und 1979, stattfinden, keine Aussagekraft, da Warnstreiks durch das amtliche Erhebungsraster fallen.

Das Statistische Bundesamt weist für das Jahr 1982 40 Tsd. Streikbeteiligte aus. Die Mindestzahlen aufgrund der Auswertung des „Archivs Soziale Bewegungen“ des IMSF weisen 477 Tsd. Streik- oder Warnstreikbeteiligte auf. Der erhebliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert primär aus dem Rückgang im

Metallbereich von ca. 3 Mio. Warnstreikbeteiligten 1981 auf ca. 125 000.

**Offizielle Zahlen und tatsächliche Mindestzahlen der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten 1975 bis 1981 in 1000**

Jahr	Offizielle Zahlen	Mindestzahlen	v. H.
1975	36	55	64,5
1976	169	589	28,7
1977	34	226	15,0
1978	488	1 126	43,3
1979	77	174	44,3
1980	45	632 <sup>*</sup>	7,1
1981	253	3 076	8,2
1982	40	477	8,4

<sup>\*</sup> einschließlich Textil-Warnstreik  
(Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 1, Reihe 4.3. Streiks und Aussperrung 1982, Wiesbaden 1983; Archiv Soziale Bewegungen im IMSF)

In drei Tarifeinsetzungen wurden reguläre Streiks durchgeführt. (Straßenbahn GmbH in Celle, Binnenhäfen in Niedersachsen, Schornsteinfeger in Bremen) Auf den Schwerpunkstreik in Bremen reagierte der Zentralverband des Schornsteinfegerhandwerks mit Aussperrungen. Erstmals seit dem Stahlarbeiterstreik 1978/79 führte die IG-Metall im Stahlbereich umfangreiche Warnstreiks in Tarifeinsetzungen durch.

Warnstreiks gab es wieder in der Textil- und Bekleidungsindustrie, bei Hotels, Gaststätten und Brauereien sowie bei der Schuh- und Lederindustrie.

Offensichtlich sehen sich auch die stark sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften Kfz, NGG und Leder gezwungen, angesichts der scharfen Krisenfolgen ein gewisses Maß an Mitgliederaktivierung zu entwickeln.

In den „INFORMATIONEN“ 4/82 sind wir bereits auf die DGB-Demonstrationen und -Kundgebungen gegen Sozialabbau und Hochrüstungspolitik eingegangen (621 Tsd. Teilnehmer). An den DGB-Aktionen gegen Sonderopfer für Beamte beteiligten sich 65 000 Menschen.

Weitere Warnstreiks richteten sich gegen betrieblichen Sozialabbau, Kündigungen oder die Nichterfüllung von Tarifverträgen. Hervorzuheben bleibt der Warnstreik bei Lahmeyer & Garbe in Aachen gegen die neuen Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose vor dem Hintergrund anstehender Massenentlassungen.

Deutlich zugenommen haben Kampfkaktionen gegen Betriebs-schließungen und Arbeitsplatzvernichtung.

**Teilnehmer an Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung in Tausend**

Jahr	Streiks, Warnstreiks, Aussperrung	Aktionen insgesamt
1979	19,9	54,9
1980	42,4	109,7 <sup>1</sup>
1981	62,8	159,8
1982	134,5	292,8

<sup>1</sup> ohne den Textil-Warnstreik mit 270 000 Beteiligten  
(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Über 90 % der Warnstreiks gegen Stilllegungen bzw. Teilstilllegungen entfallen auf den Organisationsbereich der IG-Metall. Davon entfällt wiederum ein Drittel auf den AEG-Konzern, gefolgt vom Werften- und dem Stahlbereich.

Die Zunahme der Betriebsbesetzungen zeigt, wenn es sich auch von der Zahl her um eine geringe Zahl handelt, daß sich militanteren Aktionsformen mehrten.

Dies belegt, daß auch in der Krise – angesichts verschärfter Konkurrenz – solidarische Gegenwehr möglich ist, wenn betriebliche bzw. gewerkschaftliche Kader realistische Handlungsperspektiven anbieten.

**3.4 Beschäftigung und Arbeitsmarkt**

Die Beschäftigung ist trotz der konjunkturellen Belebung weiter zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1983 lag sie um mehr als zwei Prozent unter dem gleichen Vorjahresstand.

**Beschäftigung<sup>1</sup>**

	Abhängig Beschäftigte	
	1982	1983
1. Vj. 82	22 485	
2. Vj. 82	22 407	
3. Vj. 82	22 288	
4. Vj. 82	22 122	
1. Vj. 83	21 992	
2. Vj. 83	21 899	

<sup>1</sup> In 1000, saisonbereinigte Angaben  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 33/83)

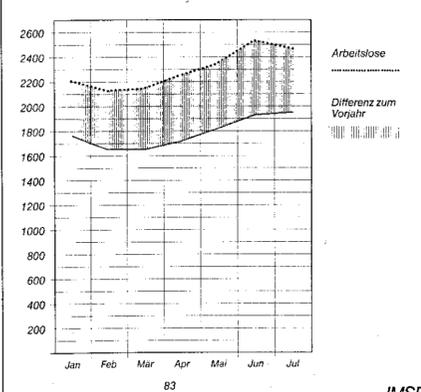
Infolgedessen hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten nur wenig verlangsamt. Lediglich die Kurzarbeit ist deutlich zurückgegangen, allerdings keineswegs so stark wie es im Zuge einer Belebung zu erwarten gewesen wäre.

**Arbeitsmarkt**

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2 487	+537	1 192	+651	62	-60
Februar	2 536	+601	1 148	+561	69	-63
März	2 386	+575	1 032	+472	82	-52
April	2 254	+544	764	+373	82	-46
Mai	2 149	+503	639	+184	86	034
Juni	2 127	+477	495	+ 66	86	-32
Juli	2 202	+445	435	+ 98	83	-23

(1) In 1000 Personen (2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

**Arbeitsmarkt in Tausend 83**



Die leichte Verlangsamung in der Zunahme der Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich Folge gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Im Juni 1983 waren 50 000 Arbeitslose zeitweilig im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit beschäftigt, 22 000 mehr als im gleichen Vorjahresmonat. An beruflichen Bildungsmaßnahmen waren im Juni 88 000 Arbeitslose beteiligt, 18 000 mehr als im Juni 1982. Ohne die Effekte dieser Maßnahmen auf die Statistik hätte das Bild also noch ungünstiger ausgesehen: Tatsächlich ist die Arbeitslosig-

keit nämlich in unverändertem Tempo weiter angestiegen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Bundesanstalt für Arbeit, die in den vergangenen Jahren das Instrumentarium der Arbeitsbeschaffung und der beruflichen Weiterbildung von Arbeitslosen mit dem Hinweis auf die Finanzlage nur in eingeschränktem Umfang genutzt hatte, es nun unter einer CDU-Regierung wieder stärker anwendet. Die Lage der Betroffenen wird dadurch auf längere Sicht kaum verbessert, immerhin aber sieht die Statistik etwas besser aus.

Von den im April 1983 gemeldeten knapp 2,3 Millionen Arbeitslosen waren nur etwa zwei Drittel „Leistungsempfänger“, d. h. erhielten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitsämter.

#### Unterstützte Arbeitslose April 1983<sup>1</sup>

	In 1000	Monatliche Leistung in DM
Registrierte Arbeitslose <sup>2</sup>	2 386	—
darunter:		
Arbeitslosengeld- bezieher	1 079	961
Arbeitslosenhilfe- bezieher	452	758

<sup>1</sup> Anfang April <sup>2</sup> Ende März

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 6/83, S. 599)

Von den etwa 1,5 Millionen Leistungsempfängern erhielten immerhin fast 300 000 weniger als 600,- DM im Monat. Nur 250 000 bezogen über 1200,- DM.

Bei durchschnittlichen Nettolöhnen und -gehältern von gut 1900,- DM im Monat erweist sich die Unterstützung schon jetzt als völlig unzureichend. Dabei werden sich die von der Bundesregierung getroffenen erneuten Kürzungsmaßnahmen (vgl. „INFORMATIONEN...“ 2/1983) erst in Zukunft auswirken.

Die Erfahrungen mit der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in konjunkturellen Belebungsphasen unterstreichen die Tatsache, daß selbst von einem deutlichen Wirtschaftswachstum auf längere Sicht keine Verminderung des Beschäftigungsproblems zu erwarten ist. Als zentrales beschäftigungspolitisches Instrument gilt sowohl in Gewerkschaftskreisen als auch bei zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern außerhalb des konservativen Lagers die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aktuell die Einführung der 35-Stunden-Woche.

#### Beschäftigungseffekte der 35-Stunden-Woche

	Arbeits- suchende	Arbeitsplätze bei		Arbeitslose bei	
		40 Stunden	35 Stunden	40 Stunden	35 Stunden
1984	28 465	24 696	26 255	3769	2210
1985	28 567	24 449	25 992	4118	2575
1986	28 729	24 205	25 732	4524	2997

<sup>1</sup> In 1000 Personen

(Quelle: Der Gewerkschafter, 7/1983, S. 16)

Der oben abgedruckten Berechnung der IG Metall liegen einmal sehr günstige Wachstumserwartungen zugrunde: Ausgegangen wird dabei von einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts zwischen 1984 und 1986 von drei Prozent. Außerdem wird angenommen, daß die Arbeitszeitverkürzung zur Hälfte durch zusätzliche Produktivitätssteigerungen aufgefangen wird, daß also nur die Hälfte zu echten Neueinstellungen führt.

Ausgehen ist davon, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit – und um die handelt es sich hier – im Jahresdurchschnitt von 1983 bei etwa 3,2 Millionen liegen wird. Die erfolgreiche Durchsetzung der 35-Stunden-Woche (voller Lohnausgleich vorausgesetzt) würde demnach den Anstieg der Arbeitslosigkeit vorübergehend stoppen und das Niveau erheblich reduzieren. Allerdings wird sich der Anstieg danach weiter fortsetzen und 1986 wären wieder annähernd drei Millionen erreicht.

Dies macht deutlich, daß auch von der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche allein nicht die Lösung des Beschäftigungsproblems erwartet werden kann. Notwendig ist eine Umorientierung der gesamten Wirtschaftspolitik auf das Ziel der Beschäftigungssicherung, wobei auch die Inhalte der Arbeit eine maßgebliche Rolle spielen müssen. Zu diesem Zweck sind Eingriffe in die wirtschaftlichen Machtstrukturen notwendig, wie sie zur Zeit mit der Verstaatlichungsforderung in bestimmten Bereichen diskutiert werden. Dies gilt auch für die Sicherung der positiven Effekte der 35-Stunden-Woche. Ob und in welchem Umfang Arbeitszeitverkürzungen durch Rationalisierung und Intensivierung aufgefangen werden, ist keine Frage, die dem unternehmerischen „Selbstlauf“ überlassen werden darf. Darüber entscheidet in hohem Maße die betriebliche Auseinandersetzung.

So stellt das Ziel der 35-Stunden-Woche zur Zeit den Kernpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen zur Beschäftigungssicherung dar; seine Durchsetzung aber wirft eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Konfliktfeldern auf, die sich bis in den Bereich gesellschaftspolitischer Grundfragen wie der Eigentumsfrage erstrecken.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus, Elisabeth Bessau  
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 2. 1983. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 0372, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

keit nämlich in unverändertem Tempo weiter angestiegen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Bundesanstalt für Arbeit, die in den vergangenen Jahren das Instrumentarium der Arbeitsbeschaffung und der beruflichen Weiterbildung von Arbeitslosen mit dem Hinweis auf die Finanzlage nur in eingeschränktem Umfang genutzt hatte, es nun unter einer CDU-Regierung wieder stärker anwendet. Die Lage der Betroffenen wird dadurch auf längere Sicht kaum verbessert, immerhin aber sieht die Statistik etwas besser aus.

Von den im April 1983 gemeldeten knapp 2,3 Millionen Arbeitslosen waren nur etwa zwei Drittel „Leistungsempfänger“, d. h. erhielten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitsämter.

**Unterstützte Arbeitslose April 1983<sup>1</sup>**

	In 1000	Monatliche Leistung in DM
Registrierte Arbeitslose <sup>2</sup>	2 386	—
darunter:		
Arbeitslosengeld-bezieher	1 079	961
Arbeitslosenhilfe-bezieher	452	758

<sup>1</sup> Anfang April 2 Ende März  
(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 6/83, S. 599)

Von den etwa 1,5 Millionen Leistungsempfängern erhielten immerhin fast 300 000 weniger als 600,- DM im Monat. Nur 250 000 bezogen über 1200,- DM.

Bei durchschnittlichen Nettolöhnen und -gehältern von gut 1900,- DM im Monat erweist sich die Unterstützung schon jetzt als völlig unzureichend. Dabei werden sich die von der Bundesregierung getroffenen erneuten Kürzungsmaßnahmen (vgl. „INFORMATIONEN...“ 2/1983) erst in Zukunft auswirken.

Die Erfahrungen mit der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in konjunkturellen Belebungsphasen unterstreichen die Tatsache, daß selbst von einem deutlichen Wirtschaftswachstum auf längere Sicht keine Verminderung des Beschäftigungsproblems zu erwarten ist. Als zentrales beschäftigungspolitisches Instrument gilt sowohl in Gewerkschaftskreisen als auch bei zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern außerhalb des konservativen Lagers die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aktuell die Einführung der 35-Stunden-Woche.

**Beschäftigungseffekte der 35-Stunden-Woche**

	Arbeits-suchende		Arbeitsplätze bei		Arbeitslose bei	
	40 Stunden	35 Stunden	40 Stunden	35 Stunden	40 Stunden	35 Stunden
1984	28 465	24 696	26 255	3769	2210	
1985	28 567	24 449	25 992	4118	2575	
1986	28 729	24 205	25 732	4524	2997	

<sup>1</sup> In 1000 Personen  
(Quelle: Der Gewerkschafter, 7/1983, S. 16)

Der oben abgedruckten Berechnung der IG Metall liegen einmal sehr günstige Wachstumserwartungen zugrunde: Ausgegangen wird dabei von einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts zwischen 1984 und 1986 von drei Prozent. Außerdem wird angenommen, daß die Arbeitszeitverkürzung zur Hälfte durch zusätzliche Produktivitätssteigerungen aufgefangen wird, daß also nur die Hälfte zu echten Neueinstellungen führt.

Auszugehen ist davon, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit – und um die handelt es sich hier – im Jahresdurchschnitt von 1983 bei etwa 3,2 Millionen liegen wird. Die erfolgreiche Durchsetzung der 35-Stunden-Woche (voller Lohnausgleich vorausgesetzt) würde demnach den Anstieg der Arbeitslosigkeit vorübergehend stoppen und das Niveau erheblich reduzieren. Allerdings wird sich der Anstieg danach weiter fortsetzen und 1986 wären wieder annähernd drei Millionen erreicht.

Dies macht deutlich, daß auch von der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche allein nicht die Lösung des Beschäftigungsproblems erwartet werden kann. Notwendig ist eine Umorientierung der gesamten Wirtschaftspolitik auf das Ziel der Beschäftigungssicherung, wobei auch die Inhalte der Arbeit eine maßgebliche Rolle spielen müssen. Zu diesem Zweck sind Eingriffe in die wirtschaftlichen Machtstrukturen notwendig, wie sie zur Zeit mit der Verstaatlichungsforderung in bestimmten Bereichen diskutiert werden. Dies gilt auch für die Sicherung der positiven Effekte der 35-Stunden-Woche. Ob und in welchem Umfang Arbeitszeitverkürzungen durch Rationalisierung und Intensivierung aufzufangen werden, ist keine Frage, die dem unternehmerischen „Selbstlauf“ überlassen werden darf. Darüber entscheidet in hohem Maße die betriebliche Auseinandersetzung.

So stellt das Ziel der 35-Stunden-Woche zur Zeit den Kernpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen zur Beschäftigungssicherung dar; seine Durchsetzung aber wirft eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Konfliktfeldern auf, die sich bis in den Bereich gesellschaftspolitischer Grundfragen wie der Eigentumsfrage erstrecken.

# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

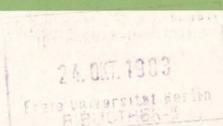
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Oktober 1983

Einzelpreis 4,- DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E



# 10/83

**Bonn und andere Städte der Bundesrepublik erleben in diesen Wochen eindrucksvolle Manifestationen des sozialen und politischen Protestes der Arbeiterschaft, ihrer Gewerkschaften und aller friedliebenden Bürger unseres Landes. Am 18. September demonstrierten 30 000 Gewerkschafterinnen gegen den Sozialabbau; rund 130 000 Stahl- und Werftarbeiter protestierten gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung in diesen beiden Wirtschaftsbranchen. Bei allen diesen Protesten wurde mit Nachdruck die Forderung nach Verwirklichung der 35-Stunden-Arbeitswoche vorgetragen.**

Am 22. Oktober werden Hunderttausende Bürger aller sozialen Schichten auf die Straße gehen – so in Hamburg, Stuttgart und wiederum Bonn –, um gegen Hochrüstung in Ost und West, die Stationierung amerikanischer Erstschlag-Atomraketen in der Bundesrepublik und gegen eine Regierungspolitik zu demonstrieren, die den Kurs der Kriegsvorbereitung Ronald Reagans stützt und forciert. In dem Maße, wie sich die arbeitenden Menschen und ihre Gewerkschaften zunehmend gegen die Bedrohung ihres Lebens durch Rüstungswahnsinn wehren (und die fünf „Mahnminuten für den Frieden“ am 5. Oktober unterstrichen das ebenso), zeigen sie ihre Entschlossenheit, durch einen hartnäckigen Kampf für die 35-Stunden-Woche der Bedrohung ihrer Arbeitsplätze und damit der sozialen Existenz entgegenzuwirken. Wenngleich diese beiden Hauptströme der gegenwärtigen politischen und sozialen Bewegung unterschiedliche Ziele verfolgen, so ist doch ein innerer Zusammenhang nicht zu übersehen: Ein Nutzen verkürzter Arbeitszeit und gewachsener Humanität der Arbeitswelt ist nur bei gesichertem Frieden gegeben. Aber noch

## Gemeinsam für 35 Stunden und Frieden

ein anderer Aspekt ist bedeutsam: Die Träger und wichtigsten Triebkräfte des Kampfes gegen Raketenstationierung und für die 35-Stunden-Woche sind im wesentlichen identisch. Es sind die „einfachen“ Menschen, die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften. Aber auch ihre Gegner sind ein und dieselben: Regierung und Führungskräfte der Unternehmerschaft ziehen sowohl bei der Rüstungspolitik als auch bei der Gegenwehr gegen kürzere Arbeitszeiten an einem Strang. Dabei haben sie sich gerade erst wieder die Rollen aufgeteilt. Die Bundesregierung startete eine „Aufklärungskampagne“ über die „Notwendigkeit“ von US-Atomraketen in unserem Land, und der Unternehmerverband Gesamtmetall bringt in diesen Wochen Millionen Pamphlete mit „Argumenten“ gegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter die Leute. Parallel zur zunehmenden Fadenscheinigkeit und Erbärmlichkeit ihrer Argumente entwickelt sich der rüde Ton gegen Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Von Zerstörung des Staates und der Wirtschaft und von „Moskaus fünfter Kolonne“ ist die Rede.

Da wird deutlich, daß die Herrschenden Demokratie offensichtlich nur zu praktizieren gedenken, solange die Mehrheit der Bevölkerung freiwillig nach ihrer Pleite tanzt. Folgt sie nicht mehr und entwickelt Widerstand, kommt sofort der Polizeistaat mit verschärftem Demonstrationsrecht und Berufsverboten. Es liegt auf der Hand, daß angesichts dieses rigorosen Gegners nur die Zusammenführung der Bewegung für Frieden und Arbeitszeitverkürzung den Erfolg bei jedem dieser Ziele wahrscheinlicher macht, die Impulse für den Kampf verstärkt.

**Aus dem Inhalt:**

Proteste gegen Berufsverbote	3
Sinkende Realeinkommen nicht länger hinnehmen!	4
Werktage müssen besser werden – Arbeit darf nicht krank machen	6
Werftarbeiter setzten Signal gegen Arbeitsplatzvernichtung	8
„Regelrechter Schlammkrieg“ gegen die Gewerkschaften Interview mit Leonhard Mahlein, Erster Vorsitzender der IG Druck und Papier	10
130 000 Stahl- und Werftarbeiter gegen Raub ihrer Arbeitsplätze	12
<b>NACHRICHTEN-DOKUMENTATION</b>	
GHK gegen Sozialabbau – für 35-Stunden-Woche	
So entstand das Buch über Willi Bleicher	
Mit Sozialdemontage in die Massenarbeitslosigkeit	13–24
Erziehung zum Frieden muß handlungsorientiert sein	25
Dickes Lob vom Bundeskanzler für die IG Bergbau und Energie	26
Protest, Reden, Disteln und ein paar Stiefmütterchen	28
Wohnzimmer drohen durch BTX Büroräume zu werden	31
Ein Jahr Rechtskoalition in Bonn – ein Jahr sozialer Kahlschlag	32
In der DDR: Jeder, der will, bekommt eine Lehrstelle	34

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main  
 Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus, Elisabeth Bessau  
 Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.  
 Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 2. 1983. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.  
 Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.  
 Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.